

Wo ist das Geld hin?

Der Wirtschaftswissenschaftler Gustav Horn findet die Einkommensverteilung in Deutschland ungerecht. Er fordert, hohe Einkommen und Vermögen steuerlich stärker zu belasten, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann.

VON SUSANNE EHLERDING

Herr Horn, die Bevölkerung ärgert sich ja immer wieder über Boni, hohe Gehälter und Abfindungen für Manager. Hat es das aber nicht schon immer gegeben?

Im Prinzip hat es immer schon Unterschiede gegeben, aber sie waren selten so groß wie jetzt. Das hat sich in den letzten zehn, 15 Jahren massiv auseinanderentwickelt. Diejenigen, die vorher schon im oberen Einkommenssegment waren, haben sich noch weiter von den mittleren und vor allem von den unteren Einkommen entfernt.

Sie schreiben in Ihrem Buch, dass weite Kreise der Bevölkerung schon seit Jahren vom Wohlstandszuwachs ausgeschlossen sind. Woran bemessen Sie das?

Wir haben in Deutschland ein Wachstum gehabt, es ist eine Wertschöpfung entstanden. Wenn man sich anschaut, wo sie geblieben ist, dann muss man sagen: nicht bei den unteren Einkommen. Die haben sogar verloren. Die mittleren haben sich in etwa so gehalten. Die Wertschöpfung ist allein bei den oberen Einkommen gelandet.

Wie kam das?

Es gibt eine Reihe von Gründen. Die Beschäftigten sind durch die Arbeitsmarktpolitik sehr unter Druck gesetzt worden, Stichworte Hartz IV und Ausweitung der Leiharbeit. Die Lohnsteigerungen für Beschäftigte fielen eher schwach aus, besonders im Dienst-



An vielen Arbeitnehmern ist der Aufschwung vorbeigegangen.

FOTO: FOTOLIA

Die Wertschöpfung ist allein bei den oberen Einkommen gelandet.“

GUSTAV HORN
ÖKONOM

leistungsbereich. Da war die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften besonders in Ostdeutschland gering. Umgekehrt hat es auch damit zu tun, dass Leute, die sehr spezielle Tätigkeiten machten, zum Beispiel im Finanzsektor, extrem hohe Bonuszahlungen bekommen haben.

Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft werde durch das Auseinanderklaffen der Einkommen immer brüchiger, warnen Sie. Welche Folgen befürchten Sie?

Wenn sich die Einkommen so unterschiedlich entwickeln, entstehen unterschiedliche Wertvorstellungen. Das schafft Probleme. Meine größte Sorge ist allerdings eine andere, eine ökonomische: Die Leute, die viel Geld haben, müssen es ja irgendwo anlegen. Sie neigen zunehmend auch zu riskanten Anlagen, weil der einzelne Euro nicht mehr so wertvoll für sie ist. Das ist ein relevanter Geldstrom und eine der Quellen, aus denen sich diese Finanzkrisen speisen.

Im Zusammenhang mit Griechenlands Schuldenkrise heißt es, das Land habe über seine Verhältnisse gelebt. Auch von Deutschland wird das behauptet. Können Sie das nachvollziehen?

Bei Deutschland war das definitiv nicht der Fall. Wir hatten Überschüsse in der Leistungsbilanz. Die haben wir im Ausland angelegt. Deshalb trifft uns die Schuldenkrise auch sehr hart, weil wir als Gläubiger davon betroffen sind. Wenn man sich die Ausgabensteigerung des deutschen Staates ansieht, war sie sehr gering. In den Jahren vor der Krise

etwa 1,4 Prozent pro Jahr. Das ist real sogar ein leichter Rückgang, wenn man die Preissteigerung abzieht, und es war viel weniger als in allen anderen Ländern mit Ausnahme von Japan. Der Staat hat in Deutschland kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem. Denn seit Ende der 1990er Jahre wurden immer wieder die Steuern gesenkt, und dadurch ist die Einnahmehase stark zusammengeschrumpft.

In letzter Zeit haben sich einige Vermögende zu Wort gemeldet, die gern mehr Steuern zahlen würden. Gibt es über diese

Einzelstimmen hinaus Untersuchungen zur Zahlungsbereitschaft der Reichen?

Mir ist das nicht bekannt, dass es eine systematische Untersuchung gäbe. Es geht ja außerdem um eine wirklich gesellschaftspolitische und verteilungspolitische Frage: Wie viel wollen wir, dass jeder von seinem Einkommen an die Allgemeinheit abgibt? Das ist eine Frage, die es im Bundestag zu entscheiden gilt. Das kann nicht davon abhängen, ob jemand bereit ist, mehr zu zahlen.

Steuergerechtigkeit ist vom Grundgesetz gewollt. Was schlagen Sie vor?

Steuergerechtigkeitsfragen sind immer Streitfragen, über die man lange diskutieren kann. Aber aus meiner Sicht sollten diejenigen, die ein hohes Einkommen und Vermögen haben, überproportional zum Steueraufkommen beitragen. Das spricht dafür, den Spitzensteuersatz nach oben zu bewegen. Es spricht auch für eine Vermögensbesteuerung und vor allem eine Besteuerung von Finanztransaktionen. Sie werden ja im Gegensatz zu realen Transaktionen, die wir im Lebensmittelgeschäft machen, gar nicht besteuert.

Von einer Finanztransaktionssteuer war schon lange die Rede, kürzlich hat die EU-Kommission sie ihren Mitgliedsstaaten vorgeschlagen. Warum erst jetzt?

Es wurden immer wohlfeile Entschuldigungen gesucht, dass alle mitmachen müssten, damit die Steuer effektiv wird. Das stimmt aber nicht. Wenn allein die Länder der EU oder auch nur der Europäischen Währungsunion es machen würde, wäre das ein klares Signal. Ausweichen in andere Länder kostet ja auch Geld, und Sie können den europäischen Markt nicht einfach vernachlässigen. Wenn alle, die Risiken suchen, ausweichen, dann soll es so sein, dann haben diese anderen Länder auch die Probleme der nächsten Finanzmarktkrise.

Aprupos ausweichen: Laut dem noch nicht in Kraft getretenen Abkommen mit der Schweiz soll Schwarzgeld ab 2013 besteuert werden. Die Schweizer würden die Abgaben an den deutschen Fiskus überweisen. Was halten Sie davon?

Wenig. Man darf ja nicht vergessen: Diejenigen, um die es hier geht, haben Steuern hinterzogen. Etwas, das jedem Arbeitnehmer nahezu unmöglich ist. Mit ihnen geht man sehr großzügig um. Es dient sicherlich nicht dem Rechtsfrieden, wenn diejenigen, die sich offenkundig strafbar gemacht haben, die offenkundig über viel Geld verfügen, mit besonderer Milde behandelt werden.

Wie liegt Deutschland im internationalen Vergleich? Zahlen Gutverdiener bei uns relativ wenig Steuern?

Die Deutschen sind bei der Besteuerung unterdurchschnittlich. Allerdings zahlen wir relativ hohe Sozialabgaben. Das ist in anderen Ländern anders, in denen die Sozialleistungen steuerfinanziert sind. Darum sind die Steuern dort höher, und ein Vergleich ist nur bedingt aussagefähig. Aber insgesamt ist die Abgabenbelastung in Deutschland nicht besonders hoch.

Wie viel Geld würden denn höhere Steuern für Gutverdiener oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer bringen?

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes brächte so um die fünf Milliarden Euro. Bei der Vermögensteuer hängt es natürlich davon ab, wie man die Sätze festlegt und wie man die Vermögensarten besteuert. Da können schnell zehn, 15 Milliarden zusammenkommen, und bei der Finanzmarkttransaktionssteuer noch mal so ein Betrag. Zusammen ist das über ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts und schon eine relevante Größe.

Der Staat hat in Deutschland kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem.“

HORN ÜBER DIE FOLGEN DER STEUERSENKUNGSPOLITIK

Was sollte man damit anfangen?

Erst mal muss der Staat überhaupt auf eine solide Finanzbasis gestellt werden, damit wir ihn über die Konjunkturzyklen hinweg und vor dem Hintergrund der Schuldenbremse finanzieren können. Das ist im Moment noch nicht der Fall. Wir brauchen, ohne dass wir Staatsausgaben in irgendeiner Form ändern, höhere Einnahmen, sonst kommen wir einfach nicht hin. Und was dann übrig bleibt, muss man in investive Bereiche stecken, das heißt ins Bildungssystem, das heißt in die Energiewende. Da werden sicher erhebliche Beträge fällig werden.

Abgesehen von den Steuern: Wie sollte man der Umverteilung von unten nach oben entgegenwirken?

Das Wichtigste ist natürlich, dass man auf dem Arbeitsmarkt wieder faire Verhältnisse einkehren lässt. Das heißt, das Ausbüxen aus Tarifverträgen zu verhindern. Und man muss einen Mindestlohn einführen, um die skandalös niedrigen Löhne zu bekämpfen. Das hilft ja schon einer Menge Leuten, und es hilft auch dem Staat selbst. Er profitiert am meisten davon, weil er die Löhne nicht mehr mit Sozialleistungen aufstocken muss.



Gustav A. Horn
1954 in Nümbrecht geboren. Studium der Volkswirtschaft in Bonn. Seit 2005 leitet er das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. 2008 wurde er von der „Financial Times Deutschland“ als „Prognostiker des Jahres“ ausgezeichnet. Jüngst erschien sein Buch „Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert“.

Top in dieser Woche: Arbeitgeber wollen Mindestlohn für Verkäufer

Um viel Geld geht es zwar nicht, aber manchmal zählt ja schon die Geste: Mitarbeiter im Einzelhandel sollen künftig einen sogenannten Basislohn von rund sieben Euro pro Stunde bekommen. Das fordert der Einzelhandelsverband (HDE). Angedacht sei ein bundesweiter Tarifvertrag, der für alle drei Millionen Beschäftigten in der Branche gilt, sagte Stefan Genth, Chef des Arbeitgeberverbands. Das heißt: Auch die Einzelhandelsunternehmen, die eigentlich nicht nach Tarif zahlen, müs-

sen sich an den Mindestlohn halten. Je nach Bundesland wird der unterschiedlich hoch ausfallen. Das bedeutet: Die Beschäftigten in Baden-Württemberg können mit einem höheren Basislohn rechnen als Mitarbeiter im Norden Deutschlands. Die Arbeitgeber wollen mit diesem Schritt der Politik zuvorkommen. SPD und Linke setzen sich schon seit Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi im Bezirk Stuttgart dagegen fordert, dass der Basislohn mindestens 9,50 Euro betragen müsste.



AGU Arbeitgeber zur Kasse. FOTO: AP

Flop in dieser Woche: BlackBerry ist offline

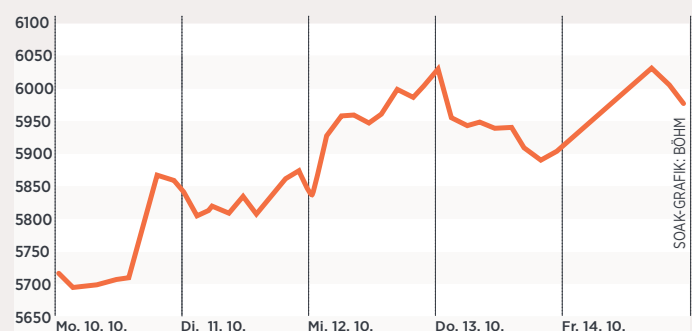
BlackBerry hat seinen Kunden in dieser Woche ungefragt eine Smartphone-Pause verschafft: Weltweit konnten Nutzer tagelang nicht im Internet surfen oder E-Mails abrufen. Unerwünscht offline waren Kunden auf vier Kontinenten, das teilte der kanadische Hersteller Research in Motion mit. Die Probleme waren am Montag zunächst in Europa, dem Nahen Osten, Afrika und Indien aufgetaucht und hatten sich auch auf Brasilien, Chile und Argentinien ausgedehnt. Eine technische

Umstellung habe nicht wie vorgesehen funktioniert, so dass sich ein enormer Datenstau gebildet habe, so RIM. Erst am vierten Tag begann sich die Lage zu normalisieren – doch der Stau löste sich nur langsam auf. Damit erleidet der Hersteller der vor allem bei Geschäftskunden und Politikern beliebten Smartphones erneut einen Rückschlag. Wegen der harten Konkurrenz etwa durch Apples iPhone senkte der BlackBerry-Hersteller bereits mehrfach die Gewinnprognose. Die Kanadier streichen derzeit etwa jede zehnte Stelle.



AGU Kein Empfang. FOTO: DAPD

Das macht der Dax



Dax im Vergleich zur Vorwoche

+5,1%

Blick nach Amerika
Der deutsche Aktienmarkt blickt wieder verstärkt nach Amerika. Im Sog der positiven Entwicklung an der Wall Street legte der Leitindex Dax im Wochenvergleich um 5,1 Prozent zu. Gute US-Unternehmenszahlen stimmten freundlich.

Indikator der Woche

5,2

Prozent mehr Lohn für Fluglotsen
Streik der Fluglotsen ist vom Tisch
Die GdF und die Deutsche Flugsicherung (DFS) als Arbeitgeber haben sich in Frankfurt auf eine neue Tarifvereinbarung geeinigt. Vorgesehen ist eine zweistufige Gehaltssteigerung um insgesamt 5,2 Prozent bei einer Laufzeit von 17 Monaten.

Trends

Wert	14.10.	7.10.	Veränderung
M-Dax	9026,86	8450,66	+6,82 %
Euro Stoxx 50	2355,48	2269,19	+3,80 %
Dow Jones	11 644,49	11 103,12	+4,88 %
Nikkei	8747,96	8605,62	+1,65 %
Wert des Euro in Dollar	1,3807	1,3434	+2,78 %
Wert des Euro in Pfund	0,8748	0,8648	+1,16 %
Wert des Euro in Schw. Franken	1,2388	1,2365	+0,19 %
1 Feinunze Gold (London)	1678,00 \$	1652,00 \$	+1,57 %
1 Barrel Rohöl (London)	114,20 \$	105,71 \$	+8,03 %
1 Liter Super Plus (Stuttgart)	1,659 €	1,619 €	+2,47 %